

25./X. 1916

Roedern über die Finanzlage des Reiches

Der Reichshaushaltsausschuß setzte heute vormittag seine Beratungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Reichsschatzsekretär Graf von Roedern einen Vortrag über die Finanzlage des Reiches. Er legte im Verlauf dieses Vortrages die Praxis unserer Finanzpolitik während des Krieges dar, die darauf ausgeht, die schwebende Schuld in Form von Schaßanweisungen durch langfristige Anleihen zu konsolidieren. Bisher sind an Krediten 54 Milliarden Mark bewilligt, davon sind 48,6 Milliarden bis 30. September ausgegeben worden, davon 37,5 Milliarden durch Anleihen, der Rest durch Schaßanweisungen. Im Monat Oktober werden Rückzahlungen an die Bundesstaaten für vorausgabte Unterstützungsgelder in Höhe von 250 Millionen Mark zur Auszahlung gelangen. Der Staatssekretär bespricht die neue Kreditvorlage, deren Höhe 12 Milliarden Mark beträgt. Die Mitteilungen waren im übrigen streng vertraulicher Art. Der Staatssekretär beabsichtigt, in der Volkversammlung am Freitag der Öffentlichkeit Aufschluß zu geben.

Die Ernährungsfragen.

Hierauf kam General v. Oven auf die gestrigen Ausführungen eines Redners über den Haferbedarf des Heeres zurück und bezeichnete die von dem Redner aufgemachte Rechnung als irrig. Die Haferationen für die Militärpferde, insbesondere des Besatzungsheeres, seien vor längerer Zeit herabgesetzt worden. Die leichteren Pferde erhielten 4,2 Kilogramm, die schwereren Pferde 7 Kilogramm; Pferde des Feldheeres 5 bzw. 7,5 Kilogramm. Bei der Inanspruchnahme der Pferde, namentlich auch nachts, sei diese Menge nicht nur nicht zu hoch, sondern notwendig, um die Tiere in gutem Stand und bei Kräften zu halten. Bei der Berechnung des Bedarfs sei eine gewisse Sicherheitsquote im Hinblick auf mögliche Verluste, wie Schwund beim Transport und der Zufuhr in die vorderen Linien, eingelegt. Anordnungen für möglichst sparsame Bewirtschaftung des Hafers seien erlassen.

Ein Redner der Konservativen äußerte den Wunsch, den Pferden der landwirtschaftlichen Betriebe die bisherige Haferation zu belassen. Dagegen könnten beim Militär sehr wohl im Hinblick auf die gute Raufutterernte Ersparnisse an Hafer gemacht werden. Panzerpferde brauchten keineswegs 7 Kilogramm Hafer. In ähnlichem Sinne äußerte sich ein Vertreter der Deutschen Fraktion. An manchen Stellen der Front scheine das Verständnis für die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Pferdehalter zu fehlen. Daher müsse die Militärverwaltung selbst viel stärker auf Sparsamkeit drängen.

Dem stimmte auch ein Redner der Fortschrittspartei zu. Bei den wohlhabenden Leuten, deren Wagenpferde wohl genährt ausfallen, müsse gleichfalls eingegriffen werden.

General v. Oven sagte möglichstes Entgegenkommen in diesem Punkte zu.

Dann wandte man sich zur Beratung der

Regelung der Gemüse-, Obst- und Zuckererzeugung.

Der Berichterstatter verwies einleitend auf die einschlägigen Bundesverordnungen, den vom Kriegsernährungsamt vorgelegten Wirtschaftssplan und die von den Fraktionen eingebrachten Anträge. Die Zuckererzeugung betrage 768 000 Tonnen. Der Zuckerpriß solle auf der bisherigen Höhe gehalten werden. Die Preisregelung für Rohrzucker sei einheitlich für das ganze Reich vorgehen. Die zuckerhaltigen Futtermittel, Schnitzel und Melasse, sollten in größerem Maße der Landwirtschaft zugewendet werden. Das liege auch im Interesse der Erzeugung.

Ein Fortschrittler gab zu, daß es unmöglich sei, Obstverordnungen herauszugeben, die alle Kreise befriedigten. Zudem seien die Verordnungen erst gekommen, als die Preisentwicklung schon sehr vorgeschritten gewesen sei. Bei der Obstfrage habe sich besonders gezeigt, daß die Zentralisierung viel zu weit getrieben werden könne. Die Verordnungen von Berlin aus hätten viel Verwirrung angerichtet. Die Preisgestaltung sei sonderbar; der Erzeuger erhalte 10 Pfg., der Händler 25 Pfg. für das Obst. Daß so der Händler einen 1½-fach höheren Preis als der Erzeuger bekomme, habe die Erzeuger verbittert und zur Zurückhaltung veranlaßt.

Präsident v. Batocki teilte mit, die Beratungen beim Kriegsernährungsamt über Preisfestsetzung für Kohlrüben seien abgeschlossen, und noch heute werde eine Verordnung erlassen. Runkelrüben und andere Wurzelfrüchte müßten auch in die Höchstpreisverordnung einbezogen werden. Außerdem sei vorgesehen, den Landräten das Recht des Ausfuhrverbotes für Rübenfrüchte zu geben, um Nachschüssen des Handels zu verhindern. Der Erzeugerpreis für Kohlrüben werde auf 2,50 M., für Runkelrüben auf 1,80 M. für den Zentner frei Bahn, für Möhren auf 4 M. festgesetzt. Die Kommunen sollten ermächtigt werden, für ihren Bedarf 50 Pfg. mehr zu zahlen. Der Zuckerrübenbau sei infolge Mangels an Gespannen und Arbeitskräften erschwert. Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung und Deckung des Zuckerbedarfs würden erwogen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter begrüßte die angekündigte Herabsetzung der gegenwärtigen Preise. Zu bedauern sei, daß beim Gemüse nicht in gleicher Weise verfahren werde.

Ein Redner des Zentrums fand die Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt sehr bedauerlich. Die angekündigte Verordnung sei ungenügend. Die unglücklichste Verordnung sei die Obstbeschlagnahme gewesen. Er verstehe nicht, wie man die Beschlagnahme von Pflaumen, einer so leicht verderblichen Ware, habe anordnen können, ohne dafür zu sorgen, daß Abnahme und Abfuhr vorher vorbereitet worden seien. Wenn die Militärverwaltung das verlangt habe, so hätte das Kriegsernährungsamt es einfach ablehnen müssen mit der Begründung, daß die Vorbereitungen dafür nicht getroffen seien. Die Preisfestsetzung für Obst hätte auch nicht das Richtige getroffen und die ganze Verordnung die Versorgung der württembergischen Bevölkerung mit Obst in Frage gestellt. Daß die Fabrikation von Malzkaffee allein der Firma Rathreiner übertragen worden sei, müsse er rügen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung am Donnerstag hat der Präsident noch folgende Punkte gesetzt: Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses betreffend die Schußhaft während eines Krieges (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), mündlicher Bericht des gleichen Ausschusses betreffend die politische Zensur (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), ferner mündlicher Bericht über Petitionen, betreffend die auswärtige Politik (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), endlich mündlicher Bericht über Fragen der Gefangenenbehandlung (Berichterstatter Abg. Prinz zu Schoenaich-Carolath). Als erster Punkt stand schon bisher auf der Tagesordnung: die Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung in dem Reichshaushaltsausschuß.